

schaft Technik, Investitionen und Produktionskooperation für den Zeitraum nach 1985 zu beraten.

Die Genossen Honecker und Husák tauschten ihre Meinungen zu einigen aktuellen Problemen der gegenwärtigen Entwicklung in der Welt und zu Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung aus. Sie betonten, daß in der gegenwärtigen Zeit, in der sich die internationalen Beziehungen infolge der imperialistischen Konfrontationspolitik beträchtlich verschärft haben, die feste Einheit, Geschlossenheit und das koordinierte Vorgehen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft im Kampf für die Verteidigung des Friedens, für die Fortsetzung der internationalen Entspannungspolitik und der Abrüstung außerordentliche Bedeutung erlangen. Sie drückten die Entschlossenheit beider Bruderparteien und Staaten aus, auch weiterhin allseitig zur Vertiefung der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, zur Stärkung ihres Zusammenwirkens im Rahmen des Warschauer Vertrages und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe beizutragen.

In diesem Zusammenhang verwiesen beide Repräsentanten auf die ernststen Gefahren, die infolge der krisenhaften Entwicklung in der VRP drohen. Die Kräfte des Imperialismus nutzen die entstandene Situation im Bunde mit den antisozialistischen und konterrevolutionären Kräften innerhalb Polens mit dem Ziel, die sozialistische Ordnung in diesem Land zu liquidieren. Die DDR und die CSSR werden auch weiterhin den Kommunisten, allen wahrhaften Patrioten, den Anhängern des Sozialismus in der VRP in ihren Anstrengungen, die Angriffe der Konterrevolution zurückzuschlagen, die inneren Probleme zu lösen und die sozialistische Ordnung wieder zu festigen, Unterstützung gewähren.

Die DDR und die CSSR erachten als wichtigste Aufgabe der Gegenwart, den Frieden zu erhalten und die Gefahr eines atomaren Krieges abzuwenden. Sie sind ernsthaft beunruhigt über die Bestrebungen des Imperialismus, die Entwicklung in der Welt zu komplizieren und die internationale Spannung zu verschärfen. Sie weisen die aggressive Politik der Reagan-Administration entschieden zurück, die danach strebt, neue gefährliche Spannungsherde in der Welt zu schaffen, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, von der Politik der Stärke aus zu handeln und ihre Einflußsphäre zu erweitern.

Beide Repräsentanten brachten ihre volle Unterstützung für die prinzipielle Friedenspolitik der Sowjetunion zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang würdigten sie die Ergebnisse des Treffens zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, L. I. Breschnew, und dem Bundeskanzler der BRD, H. Schmidt, als Ausdruck des konsequenten Bemühens der Sowjetunion, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener sozialer Ordnung weiter mit Leben zu erfüllen und reale Schritte zur Überwindung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges durchzusetzen.